

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 21. Juni 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Randbemerkungen

Der Schiedsspruch von Osnhausen hat naturgemäß in der gesamten Gewerkschaftswelt ungeheure Empörung ausgelöst. Ausgerechnet die Nordwest-Eisenindustrie, die seinerzeit in der Hochinflationzeit entscheidend war für Verlängerung der Arbeitszeit, hat auch jetzt wieder den Vorstoß gemacht zum Lohnabbau, der rund 7½ Proz. für fast alle Lohn- und Gehaltsgruppen ausmacht. Die Auswirkung dieses Entscheides wird freilich erst nach dem 1. Juli erfolgen können, da bis dahin die Tarife gelten, die seinerzeit durch Severing garantiert worden waren. Der teilweise Wegfall der über-tariflichen Akkordlöhne bedeutet für die Arbeiter eine so erhebliche Einschränkung ihres Einkommens, daß sie auf keinen Fall diesen Schiedsspruch hinnehmen werden. Nun hat der neue Zentrumsarbeitsminister Stegerwald am 5. Juni 1930 ihn sogar für verbindlich erklärt, nachdem er selbst einige Tage vorher an diesem Schiedsspruch scharfe Kritik geübt hatte. Wir können nicht glauben, daß auch nur ein erheblicher Teil der Zentrums-gewerkschaften diesen Dingen gleichgültig gegenübersteht, sondern wir möchten die Hoffnung nicht aufgeben, daß eine geschlossene Kampffront aller Arbeitnehmer gegen dieses ungeheuerliche Lohnabbau-diktat zutage kommt.

Die deutsche Arbeiterschaft hat bereits aus Anlaß der Mansfelder Aussperrung, an der über 14 000 Arbeitnehmer beteiligt sind, bekundet, daß sie unter gar keinen Umständen irgendwelchen Lohnabbau sich kampflos gefallen läßt, und alle Beschränkungen in Stegerwalds Begründung, daß das Unternehmertum einen entsprechenden Eisenpreisabbau von 7½ Proz. vorzunehmen verpflichtet sei, ändert nichts an der tatsächlichen Ungeheuerlichkeit dieses Schiedsentcheides vom Zentrumsarbeitsminister. Selbst „Der Deutsche“ vom 13. Juni 1930, das Gewerkschaftsorgan der Christen, beweist eindringlich, daß die Preisherabsetzung des Lohnes unweigerlich die Konsumkraft der Massen weiter mindern muß, so daß damit eine Produktionssteigerung, oder gar ein größerer Warenabsatz gar nicht in Verbindung gebracht werden kann. Es ist auch allen beteiligten Kreisen nicht unbekannt, daß infolge der Rationalisierung die Löhne höchstens 10 bis 15 Proz. des Gesamtprodukts ausmachen und daß Zwischen- und Großhandel förmlich auf der Lauer liegen, um bei etwaigen kleineren Preissenkungen für sich weitere größere Profite herauszuholen. So sieht die Sache gegenwärtig aus! Es bleibt das Geheimnis Stegerwalds, wie die mehr denn 200 000 Metallarbeiter des Ruhrgebietes diesen Schiedsspruch zum Lohnabbau ohne Kampf hinnehmen sollen. Es war schon schlimm genug, daß eine kleine Zentrumsarbeitergruppe bei Becker um die angebliche Erhaltung der Produktion sich einen Lohnabzug gefallen ließ. Vielleicht ist damit ein Versuchsballon losgelassen worden und man glaubte nun auf

diesem Wege weiterzugehen. Wir erwarten aber, daß dieser Großangriff des Kapitals, durch die Brüning-Stegerwald-Regierung gefördert, von den Arbeitern erfolgreich zurückgewiesen wird.

Inzwischen brütet die Regierung immer noch über die Deckung der neuentstandenen Defizite. Nach dem neuesten Stand erwartet die Regierung durch Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung um 1 Proz. eine Mehreinnahme von 220 Millionen Mark. Die „Ersparnisreform“, oder anders ausgedrückt, der Abbau der Arbeitslosenversicherung soll weitere 115 Millionen Mark bringen. Das Notopfer der Festbesoldeten in den öffentlichen Betrieben, der Privatwirtschaft, der Aufsichtsräte soll 350 Millionen Mark betragen. Weiter sollen Vorzugsaktien der Reichsbahn verkauft werden für 100 Millionen Mark, und endlich sollen durch Umgruppierung der Zahlungstermine für Zigarettensteuer 50 Millionen Mark eingebracht werden. Dazu kommen noch sogenannte Einsparungen im Reichshaushalt, die sich in der Hauptsache auf dem Rücken der Beamten und Angestellten abspielen werden. Auch hierzu liegen schon Spezialpläne vor. Aber die Regierung brütet noch immer und es ist noch nicht ganz sicher, ob bei Wiedereröffnung des Reichstages am 16. Juni 1930 ein einwandfreierer Finanzplan vom Finanzminister Dr. Moldenhauer vorliegt. Jedenfalls hat dieses Kabinett gegenwärtig keine gute Presse. Denn selbst die eigenen Freunde in der Volkspartei wollen nicht so recht mit, wie auch aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu ersehen ist, die ja manchmal die Flühe hüten hört und allerhand orakelt. Nach ihrer Meinung ist freilich das Sanierungswerk noch nicht radikal genug, um eine Umkehr vom Sozialismus zur Staatspolitik zu bedeuten. So sagt selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, daß die Reichstagsneuwahlen wohl spätestens im Herbst vor sich gehen würden. Ob aber bis dahin mit unzulänglichen Finanzmitteln regiert werden kann, ist noch sehr die Frage.

Es könnte vielleicht die neue Mitteilung, daß 20 Millionen Dollar amerikanischen Kredites für Deutschland zur Verfügung gestellt werden, eine kleine Erleichterung bedeuten. In der Hauptsache sollten sie zu produktiven öffentlichen Arbeiten verwendet werden. Wir haben die Regierungspläne hierüber bereits veröffentlicht. Da aber diese Dinge auch noch in der Schwebe sind, kann man im gegenwärtigen Moment nichts anderes sagen, als daß auch die ganze Regierung noch in der Schwebe ist.

Inzwischen haben immerhin im Kabinett allerhand Auseinandersetzungen stattgefunden, worüber die Tagespresse einiges berichtet. Es wäre nicht übel, wenn der Reichswehr-

minister Groener veranlaßt werden sollte, etwas von seinem für Deutschland verhältnismäßig hohen Militäretat abzustreichen. Das könnte dann dazu führen, daß auch die enorme Steigerung der für Kirchzwecke vorgesehenen Steuergelder in den Bereich der Kritik gezogen werden. Schließlich ist die innere Unzufriedenheit und Unsicherheit auch dadurch zum Ausdruck gekommen, daß aus der Schule geplaudert wurde über das unverhältnismäßig teure Auswärtige Amt. Hier kennt man nämlich keinerlei Hemmungen. So werden z. B. allein für Diplomaten und Sekretäre in der Türkei 580 000 Mk. verbraucht. Das Siegerland England als Weltreich braucht nicht einmal so viel, sondern nur 450 000 Mk. Die deutsche Gesandtschaft in Schweden kostet jährlich 272 000 Mk., die schweizerische 270 000 Mk., die jugoslawische 227 000 Mk. und unsere Gesandtschaft in Japan 523 000, in Argentinien und Paraguay 650 000 Mk. In allen diesen Fällen haben die Engländer etwa die Hälfte der Ausgaben! Und das ist das Volk mit Weltgeltung, während wir doch eigentlich in der Hauptsache nur Repräsentationsausgaben damit verbinden. Wahrlich, hier könnte der Reichstag immerhin einiges sparen, was psychologisch ins Gewicht fällt, wenn auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung" höhrend davon spricht, daß die Wirtschaft nach außen bei solcher kleinlichen Kritik im Etat des Auswärtigen Amtes unserer Entwicklung nicht günstig sei.

Bringt man sich diese ganzen Dinge in Erinnerung, so muß man schon sagen, daß der neue Reichsminister der besetzten Gebiete, Treviranus, der in diesen Tagen die Aufgabe bekommen dürfte, im bisher besetzten Rheinland die Befreiung zu feiern, allerhand Voreiligkeit besessen hat, als er sagte: „Kaum bestätigt, hat diese Regierung (Brüning) die Arbeit begonnen und in zwei Wochen sind die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht!“ Ach nein, es sind fast drei Monate ins Land gegangen und es besteht nicht einmal die Aussicht auf klare Finanzwirtschaft. Die rigorose, ja unmögliche Art, wie man das Notopfer aufziehen will, und damit in Verbindung die Art, wie man die Beamtenrechte erheblich einschränken will, werden dieser Regierung ganz bestimmt keine Anerkennung bringen. Es ist kennzeichnend, daß selbst Herr Hugenberg in seiner jüngsten Rede in Frankfurt am Main mit der Regierung Brüning höchst unzufrieden ist, weil sie ihm noch nicht reaktionär genug sei. Vielleicht spielt aber auch dabei eine Rolle, daß die Aussichtslosigkeit der jetzigen Finanzreform allmählich von fast allen Seiten erkannt wird.

Als einziges erfreuliches Ergebnis der deutschen Innenpolitik ist festzustellen die energische und feste Hand der preussischen Regierung, wie sie sich insbesondere bei dem Ver-

bot der nationalsozialistischen Uniform gezeigt hat. Zwar schreit die rechtsgerichtete Presse darob Zeter und Mordio. Wir sind aber der Meinung, daß in Konsequenz des Verbots der Rot-Front-Kluft auch die nationalsozialistische Hakenkreuz-Uniform unter Verbot gestellt werden mußte. Es wird uns mithin zwar verständlich, daß die Deutsche Volkspartei neuerdings wieder nach einer Umgruppierung der preussischen Regierung schreit. Wir glauben aber, daß dazu gegenwärtig angesichts der hilflosen Bruchstückarbeit der deutschen Reichsregierung keinerlei Veranlassung gegeben ist. Inzwischen ist freilich das Heer der Arbeitslosen trotz der günstigeren Jahreszeit relativ wenig vermindert worden und die Auswirkung der weitbetriebenen Rationalisierung macht sich auch weiterhin bemerkbar. In einer Uebersicht von Dr. Lewinson in der „Dossischen Zeitung“ über die Entvölkerung der Industriehallen im Ruhrgebiet infolge der Rationalisierung kommt auch dieser bürgerliche Wirtschaftler zu folgendem Ergebnis:

„Man kann von Werk zu Werk wandern: überall dieselbe Leere, Maschinen, „Pferdekräfte“, aber keine Menschen. Man rechnet nach PS, nicht mehr nach der Zahl der Beschäftigten. Die Technik hat die Industrie entvölkert. Die Rationalisierung der letzten Jahre hat den unaufhaltbaren Prozeß beschleunigt, nun stehen wir an einem Wendepunkt. Die Technik hat die gleiche Situation geschaffen, wie vor hundert Jahren die Dampfmaschine. Die Arbeiter sind freigelegt, sie warten in ihren Wohnungen, drängen sich vor den Arbeitsnachweisen, aber finden kein Unterkommen.“

Gewiß wird auch das nur ein Uebergangsstadium sein. Die Produktionsmöglichkeiten werden allmählich durch wachsenden Bedarf absorbiert oder aber die Arbeitszeit muß durch Verkürzung den neuen Produktionsmethoden angepaßt werden. Der Sieben- und Sechsstundentag, die Fünstagewoche, die uns heute noch wie die Chimäre überspannter Ford-Propheten anmutet, wird kommen. Tatsächlich ist sie heute schon da, in der Form unfreiwilliger Feierschichten und völliger Arbeitslosigkeit. — Aus diesem tödenden Nichtstun eine neue Arbeitsordnung zu machen, ist die Zukunftsaufgabe der wirtschaftlichen Organisatoren. Die Techniker haben das ihre getan, haben mehr geleistet als für den Augenblick gut ist. Die Wirtschaftler sind an der Reihe!“

Wir möchten diesem, wie uns dünkt, durchaus einzig möglichen Ausweg aus den Schwierigkeiten unserer Zeit — erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit, erhöhte Kaufkraft der Arbeitnehmer — nur noch hinzufügen, daß ein eminent wichtiger Faktor neben den Wirtschaftlern die Kampforganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, sind. Stärker denn je muß in diesen Zeiten der Not die Organisation einsehen, weil wir uns weder behaupten können, noch vorwärts kommen ohne die eigene starke wirtschaftliche und politische Kraft.

E. D.

Das Reichskabinett will Senkung der Löhne und Gehälter

In der Sitzung des Reichskabinetts am 13. Juni machte der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer zu den Deckungsvorschlägen folgende Ausführungen:

„Der auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierten Begründung der Deckungsvorlagen hat das Reichskabinett einmütig zugestimmt. Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Öffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Reichsregierung einzufügen. Ziel dieser Politik ist die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen. Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß durch ihre Maßnahmen, obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, in erheblichem Maße gemindert werden kann.“

Zu diesem Zwecke ist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost und in einer starken Belebung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Dithilfe dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Voraussetzung für die Möglichkeit der Anbringung der nötigen Kredite ist die unberührliche Herstellung und Erhaltung des Gleichgewichts im Haushalt. Durchgreifend überwunden werden können jedoch die Schwie-

rigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen. Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die Einigkeit und die tätige Mithilfe der Beteiligten angewiesen. Sie wird solchem Vorgehen ihre eigene Hilfe nicht versagen, wie sie es durch die Verbindlichkeitsklärung für die Gruppe Nord-West der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, zu Produktionsbedingungen zu kommen, die zu einer dauernden Verbesserung des Arbeitsmarktes die Grundlage legen können.

Wesentlich für die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Lasten. Das Reichskabinett verabschiedete unter diesem Gesichtspunkt ein Gesetz zur Erzielung von Ersparnissen bei Reich, Ländern und Gemeinden. In diesem Gesetz sind auch Bestimmungen enthalten, die die Mißverhältnisse zwischen den Personalausgaben der Gemeinden und denen von Reich und Ländern beseitigen sollen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich dann mit den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Ersparnis getroffen hat. Auf Vorschlag des Reichsfinanzministers sollen diese einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen in einem größeren umfassenden Rahmen hineingestellt werden, der nach dem Ergebnis der bevorstehenden Sitzung des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz festgelegt werden soll. Das Reichskabinett kam in Uebereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister zu dem Ergebnis, daß nur durch Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften nach einem einheitlichen

Man in gemeinsamer Arbeit mit den Ländern eine durchgreifende Ersparnis und Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann.

Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres von der Befehung freiverwendeter Manntätigkeiten in den Ministerien und in solchen Gebieten der Außenverwaltung Abstand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gesamten Lebensführung zu kommen, beschloß das Reichskabinett, auf 20 Proz. der den Reichsministern für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten.

Die vorgesehene umfassenden Reformen können aber ansehnliche Ersparnisse nur auf lange Sicht bringen, während die Not der Zeit und die Durchführung des Gesamtprogramms von der Reichsregierung entschlossenes sofortiges Handeln erfordert.

Deshalb hält die Reichsregierung fest an der Notwendigkeit der sofortigen Erledigung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsvorlagen und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung, der heute vom Reichskabinett verabschiedet wurde. Dieser Entwurf bezweckt den Ausgleich der vorübergehenden Belastung, die durch Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung eintreten.

Das Reichskabinett ist sich schlüssig geworden, dem Reichstage Abträge am Reichsetat im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Ersparnisse können nach Lage der Dinge jetzt nur geringfügig sein, wenn an den größten Ausgabenposten, den Personalkosten, vorübergehendes wird. Für diese Ersparnisse ist jetzt kein anderer Weg möglich als die vom Reichskabinett beschlossene Reichshilfe der Selbstbesoldeten. Auch die in gesicherter Lebensstellung Beschäftigten müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden. Andere Wege, wie z. B. ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer, haben eine neue Belastung der Produktion zur Folge und wirken dem Gebauen des Preisabbaus und der Minderung der Arbeitslosigkeit entgegen. Die Reichsregierung sieht in dem ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält, weil sie der Überzeugung ist, daß nur seine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird."

Eine Reform der Krankenversicherung nach den Wünschen der Unternehmer

Das Reichskabinett hat am 13. Juni den Gesetzentwurf über die Reform der Krankenversicherung verabschiedet. Dieser Gesetzentwurf entspricht durchaus den Wünschen des Unternehmertums. Sein wesentlichster Inhalt besteht in folgendem:

Die Ärzte sollen schadenersatzpflichtig gemacht werden können, wenn sie Kranke behandeln, die nicht krank sind. Das Vertrauensarztssystem soll als Zwangseinrichtung geschaffen und in der Reichsversicherungsordnung gesetzlich verankert, die Kassenärzte sollen an Zahl vermindert werden. Durch diese Maßnahmen sollen mindestens 20 Proz. der Krankheitsfälle zurückgebrängt werden.

Ferner soll eine Herabsetzung der Beitragsätze erfolgen. Ein Beitrag bis zu 6 Proz. des Grundlohnes kann von den Kassen mit einfacher Mehrheit festgesetzt werden. Wird diese Grenze über-

schritten, so muß entweder die Arbeitgebergruppe zustimmen oder es müssen die Leistungen abgebaut werden. Wenn die Grenze von 9 Proz. überschritten wird, soll die Zustimmung der Arbeitgebergruppe für die Regelleistungen oder die Haftung der Gemeinde vorgeschrieben werden. Bei Überschreitung der Beiträge von 7½ Proz. des Grundlohnes wird die Zustimmung des Oberversicherungsamtes verlangt. Man merkt an diesen Vorschlägen den Einfluß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Die Unternehmer wollen stärkeren Einfluß auch auf die Krankenkassen nehmen.

Der Höchstbetrag des Grundlohnes soll auf 9 Mk. und somit das Höchstkrankengeld auf 4,50 Mk. für den Kalendertag festgesetzt werden. Zuschläge will man nur noch gestatten als Familienzuschlag, und zwar bis zu 10 Proz. für die Frau und bis zu 5 Proz. für jedes Kind, aber nicht mehr als 75 Proz. des Grundlohnes. Angestellte, denen der Lohn während der Krankheit weitergezahlt wird, erhalten kein Krankengeld, höchstens einen Zuschlag zu ihrem Lohn und auch nur dann, wenn der Kranke mehr als einen Angehörigen zu unterhalten hat. Versicherte, die in Zukunft einen Arzt aufsuchen wollen, haben sich erst einen Krankenschein zu lösen und dafür 1 Mk. aus ihrer Tasche zu zahlen. Diese Gebühr soll bei den unteren Lohnklassen ermäßigt und bei den oberen Klassen erhöht werden können. Auf jede Verordnung von Arznei und Heilmitteln hat der Patient beim Apotheker 50 Pf. zu zahlen; kostet die Verordnung weniger, zahlt er nur den niedrigeren Betrag. Von den Heilmittelkosten soll dem Versicherten die Hälfte erstattet werden. Die Kasse soll aber bis 70 Proz. geben dürfen.

Der Kranke soll also erst einmal 1,50 Mk. aus seiner Tasche zahlen, bevor er Arzt und Apotheke aufsuchen kann. Der Arbeiter und die Arbeiterfrau, die Ende der Woche diesen Betrag nicht mehr in Händen haben, mögen sehen, wie sie gesund werden oder Linderung ihrer Schmerzen erfahren. Die Familien mit ansteckenden Krankheiten, die nicht in der Lage sind, pro Kopf 1,50 Mk. im voraus zu den Kosten der ärztlichen Untersuchung und der Arznei zu bezahlen, sollen ruhig weiter krank sein, auch wenn die ganze Umgebung gefährdet oder verseucht wird.

All diesen beabsichtigten Knebelungen steht eine scheinbare Verbesserung gegenüber, nämlich die, daß die Krankenpflege für die Ehegatten und die Kinder zur Pflichtleistung erklärt wird. Voraussetzung dafür soll aber sein die Erfüllung der Wartezeit von drei Monaten. Bekanntlich hat aber schon jetzt die Mehrzahl der Krankenkassen die Familienhilfe durchgeführt, so daß die beabsichtigte Vorschrift nur eine gesetzliche Festlegung der heutigen Praxis ist.

Das Notopferprogramm des Kabinetts Brüning rundet sich so langsam ab. Es fehlt nur noch die Kürzung der Kriegsbeschädigtenrenten!

Namenlose Helden der Technik und ihre Schicksale



Wer kennt die Helden, nennt die Namen, die im Laufe der Jahrtausende all die Wunder schufen, die heute stolz im Siegeslauf der Technik kreisen? Wer soll sie auch kennen, die vielen Namenlosen, die mit ihren genialen Leistungen, mit einem ungeheuren Wissen und Können, mit einer unendlichen Fülle von praktischen Versuchen und Erfahrungen die Werte zusammengetragen haben, in denen sich das Wunder der modernen Industrie ausprägt, die mit Riesen aus Stahl und Eisen den Kreislauf des kulturellen und wirtschaftlichen Geschehens in unserem ganzen Dasein meistert? Wohl erinnern wir uns beim Anblick einer Dampfmaschine gern des genialen Erfinders James Watt, aber nur selten kommt uns der Name Thomas Newcomen in den Sinn, weil uns niemals in der Schule gesagt worden ist, daß gerade dieser Mann der Erbauer der ersten brauchbaren Dampfmaschine überhaupt gewesen ist. Ja selbst Denis Papin wird in der Schule nur flüchtig erwähnt, wenn von den ersten Anfängen die Rede ist, mit denen der Anwendung des Wasserdampfes zum Betrieb einer Maschine nach einem wirklich brauchbaren Prinzip die Bahn bereitet wurde. Und doch wäre die Erfindung eines James Watt ohne die grundlegende Vorarbeit eines Denis Papin, eines Thomas Newcomen und seines Freundes, des Glasers John Cayley kaum möglich gewesen. Kaum einige Notizen sind es, die die Geschichte der Technik von Thomas Newcomen über sein Leben vermerkt.

Es wird zwar berichtet, daß er ein einfacher Grobschmied im Orte Dartmouth in der Grafschaft Devonshire in England gewesen ist, ein stiller bescheidener Mann von streng religiösen Grundsätzen war und um das Jahr 1700 als Erfinder aufstach, aber keine Chronik vermerkt weder seinen Geburts- noch seinen Todestag. Und doch kann dieser Mann das unvergängliche Verdienst für sich in Anspruch nehmen, der erste gewesen zu sein, der die Theorie Papins in die Praxis umsetzte und eine Maschine baute, die für alle weiteren Fortschritte des Kraftmaschinenbaues die erste Grundlage gab. Nichts ist weiter bekannt aus dem Leben eines intelligenten Knaben Humphry Potter, der ebenfalls als Erfinder genannt werden müßte, wollten wir einmal eine Ehrentafel aller derer zusammenstellen, die an der Dampfmaschine ihren Anteil haben. Humphry Potter war der Erfinder einer Vorrichtung, mit der sich das Öffnen und Schließen der Hähne, durch welche an der Newcomenschen Dampfmaschine der Zutrom des Dampfes und des Kühlwassers nach dem Zylinder geregelt wurde, mechanisch vollzog. Die Erfindung des Knaben wurde nicht allein sehr bald als höchst wertvoll erkannt, sondern sie wurde in verbesserter Form auch beibehalten, weil sie schon damals der Dampfmaschine eine viel bessere Sicherheit und Selbständigkeit der Arbeitsleistung verlieh. Wenig bekannt ist auch der Name des Werkmeisters Moudslap, dem es geglückt war, ein eigenartiges Bohrwerk zu konstruieren, mit dem es erst möglich war, das Gußstück eines Dampfzylinders so zu bearbeiten, daß James Watt die Erfindung der Dampfmaschine in so vollendeter Konstruktion herausbringen konnte, wie sie gebacht war. Auch der Mechaniker Murbok hatte in derselben Weise durch Ver-

Die sächsische Landtagswahl und der Gesamt-Verband

Der am 20. Mai erfolgte Auflösung des Sächsischen Landtags ist ein kurzer, dafür aber um so heftigerer Wahlkampf gefolgt. Nicht weniger als 13 Wahlkreise sind eingereicht worden. Der mit viel Aufwand zustandegebrachte Versuch einer Einigung der bürgerlichen Parteien ist gescheitert. Nun jagt eine Wahlversammlung die andere. Die Fronten hüben und drüben sind zerrissen. Auch die sächsische Arbeiterkraft tritt nicht einheitlich mit einer Liste auf. Neben den Sozialdemokraten werben die Altsozialisten, Kommunisten und Brandlerianer mit eigenen Listen um die Stimmen des schaffenden Volkes.

Wer seine Abstimmung nur vom Wortlaut der Wahlauftrufe der Parteien abhängig macht, wer ohne eigenen Standpunkt, nur aus dem Wirrwarr der Wahlsreden heraus seine Wahlentscheidung fällen will, der hat es nicht leicht. Alle Parteien zeigen sich von der besten Seite. Was wird im Wahlkampf nicht alles versprochen?

Für unsere Kolleginnen und Kollegen sollte längst feststehen, welcher Stimmzettel in die Wahlurne zu stecken ist. Die aufgekärten und gewerkschaftlich geschulten Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellten und Beamten wissen, daß es trotz der vielen Parteien eigentlich nur zwei Fronten gibt. Gerade in unserem dichtbesiedelten, industriellen Sachsen gibt es geschichtlich und wirtschaftlich gesehen nur zwei Gegenpole.

Da sind auf der einen Seite die Parteien, die mehr oder weniger im Dienste des Finanzkapitals und der Unternehmer stehen. Sie unterscheiden sich mehr dem Namen, weniger der Sache nach. Auf der anderen Seite sammelt sich mehr und mehr das werktätige Volk, das bitter schwer unter den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen leidet. Die von den Demokraten und in letzter Zeit von den Altsozialisten angestellten Versuche, die klaren Fronten zu verwischen, sind gescheitert. Die Zahl ihrer Mandate ist bei der letzten Landtagswahl stark zurückgegangen. Gerade die letzte sehr kurze Landtagsperiode hat gezeigt, daß von dem großen Durcheinander bei den bürgerlichen Parteien immer dann nichts mehr zu sehen war, wenn es sich um grundsätzliche Fragen der sächsischen Politik handelte. Wenn Staatsgelder für soziale Zwecke verwandt werden sollten, wenn es sich darum handelte, bestimmte öffentliche Lasten zu verteilen, dann war sich das sächsische Bürgertum immer einig. Auch die Wirtschaftsparteiler und die sogenannten Aufwertler reihten sich sehr bald in die bürgerliche Einheitsfront ein.

Das sächsische Volk hat auch bei dieser Landtagswahl wieder zwischen den beiden großen Weltanschauungen zu entscheiden. Auf der einen Seite Sammlung verschiedener Spielarten der kapitalistischen Ideenwelt. Hier steht über allen Fragen des Lebens der unbegrenzte Gewinn, der Profit der privaten Industrien. Auf dieser Seite ist das Leben nichts als ein Geschäft. Alle staatspolitischen und gesellschaftlichen Ideen dieser Kreise haben ihren Ursprung in erklügeltstem Gewinn und Bereicherungstreben. Immer mehr versuchen die Vertreter dieser Ideen ihre wirtschaftliche

Macht zu stärken, die sie dann oft sehr brutal durch die von ihnen finanziell unterhaltenen Parteien im politischen Einfluß ummünzen. Bezahlte Theoretiker hängen der Politik dieser Kreise dann ein soziales Mäntelchen um, um das Profitstreben und den Bereicherungswillen nicht gar so offensichtlich in Erscheinung treten zu lassen. Noch vor der Auflösung des Landesparlaments tagte in Leipzig der Verband sächsischer Industrieller. Was dort gesagt wurde, rechtfertigt ganz das vorstehend Aufgeführte. Obwohl die bürgerlichen Parteien hier im Sächsischen Landtag seit dem Jahre 1926 wieder die uneingeschränkte Herrschaft führen, fanden die Herren Unternehmer allerhand an den Regierungsmaßnahmen zu kritisieren. Die zum großen Teil von den Unternehmern ausgehaltenen bürgerlichen Parteien haben nach Meinung der Industriellen noch nicht genügend für diese getan. Man ließ deshalb sehr deutlich durchblicken, daß man sich gern, unter Verzicht auf das bisherige Regime, zugunsten einer besonders ermächtigten Regierung (lies „Diktatur“) einsetzen wolle. Nebenbei sei gesagt, daß auf die Gewerkschaften bei dieser Gelegenheit wieder gründlich geschimpft worden ist. Direktor Wittke aus Niederjesch sprach von unerfüllbaren Ansprüchen der Gewerkschaften. Er hatte sogar die Stirne zu behaupten, die Gewerkschaften seien schuld an der wirtschaftlichen Krise und an der großen Zahl der Erwerbslosen. Ende Mai dieses Jahres hat der Hauptauschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gefordert, mehr Unternehmer in die Parlamente zu entsenden. Die bürgerlichen Parteien sollten besser noch als bisher überwacht werden. Natürlich: Bürgerliche Politik muß immer Unternehmerpolitik sein. Man sollte annehmen, daß alles dies dem werktätigen Volk deutlich genug vor Augen führt, was es von den bürgerlichen Parteien zu erwarten hat.

Auf der anderen Seite steht das werteschaffende Volk mit seinen großen Idealen von der Solidarität, von der Hingabe an die Gemeinschaft. Hier wird die Arbeit als schönste Betätigung des Menschen gefeiert und geachtet. Hier lebt der Wille, nach dem alle gefunden Menschen zu ihrem Teil und nach ihrer Befähigung an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit teilhaben sollen. Dieser werteschaffende Mensch soll Geltung und Mitbestimmungsrecht haben in Wirtschaftsfragen, in Fragen der Politik und nicht zuletzt auch auf dem großen Gebiet der gesamten Kultur. Die Sozialdemokratische Partei ist nach wie vor die politische Vertreterin dieser modernen neuen Gedankenwelt. Kommunisten, Brandlerianer und Altsozialisten stellen Parteigruppen dar, die im Ziel wohl daselbe anzustreben vorgeben. Sie begründen ihre Existenz damit, daß sie sagen, die von der Sozialdemokratischen Partei verfolgte Taktik sei zur Erreichung der hohen und großen Ziele nicht geeignet. Was diese Parteien jedoch bisher selbst an Leistungen aufzubringen vermochten, hat die Richtigkeit der sozialdemokratischen Taktik im großen und ganzen nur bestätigt.

besserungen in der Bearbeitung von Maschinenteilen, der Wattschen Dampfmaschine den Weg bereitet. Namenlose Helden der Technik, denen die Menschheit nie Lorbeerkränze flechten, nie Denkmäler setzen wird, und die doch ihren großen Anteil an der Erfindung der Dampfmaschine haben, wie James Watt, der allein um dieser gewaltigen Leistung der Technik willen, im Gedächtnis der Menschheit weiterlebt.

Ähnlich so, wie mit der Erfindung der Dampfmaschine verknüpfen die Zusammenhänge der technischen Entwicklung, auch auf allen anderen Gebieten der Erfindertätigkeit zahlreiche Namen derer, die man niemals nennt, obwohl sie unendlich Großes im Dienste der Technik vollbracht haben und zum Danke für ihre Leistung sehr oft unter den erbärmlichsten Verhältnissen ihr Leben fristen mußten, während die anderen, die in den späteren Genuß des Vorteils ihrer Erfindungen kamen, es zu Ehre, Ansehen und Reichtum brachten. Nicht im geringsten braucht der Ruhm George Stephenson's geschmälert zu werden, wenn wir uns auch des begabten Ingenieurs Trevithick erinnern, der bereits im Jahre 1804 den ersten Schienenampfwagen baute, der auf der Schienenbahn eines Bergwerkes zur Beförderung der Kohlenwagen diente. Gewiß war Trevithicks Erfindung noch sehr mangelhaft, aber als Anregung für den Bau seiner ersten Lokomotive, die Stephenson im Jahre 1814 fertigstellte, dürfte sie eines der wichtigsten Glieder in der Kette der Zusammenhänge gewesen sein, mit der die Technik Fortschritt um Fortschritt verbindet. Vielleicht wäre die Erfindung der Lokomotive schon dem genialen Oliver Evans vor Trevithick und Stephenson geglückt, wenn

er seine Zeitgenossen von seinen Plänen so überzeugen hätte können, daß er auch die nötigen Geldmittel erlangt hätte, ein Dampffahrzeug, das er bereits im Jahre 1803 auf den Straßen von Philadelphia vorführte, besser auszubauen. Evans wurde aber von seiner Zeit absolut nicht verstanden, trotzdem er sein ganzes Vermögen für seine Erfindung einsetzte, die schwersten Enttäuschungen ertrug und sich für das Ende seines Lebens damit ein tragisches Schicksal bereitete. Wie sehr hier ein verkannter Erfinder seiner Zeit voraus war, liegt in den Worten, die er, nach einem letzten fehlgeschlagenen Versuch sich durchzusetzen, aussprach, indem er sagte: „Die jetzige Generation will auf dem Wasser fahren, die nächste wird Pferdeeisenbahnen bauen, deren Nachkommen aber werden meine Dampfeisenbahn als die vollendetste Form des Transportwesens verwenden.“ Diese Worte waren gewiß kein prophetisches Geschwätz, sondern die feste Ueberzeugung eines Mannes, dem seine Zeit versagte, was sie wenige Jahre später Stephenson erfüllte und dadurch die Möglichkeit gab, die denkwürdigen Worte Evans der buchstäblichen Erfüllung näherzubringen.

Fast verklungen ist der Name Williams Lee, des Studenten aus Cambridge, der im Jahre 1589 den ersten Handkullerstuhl, eine der größten Erfindungen aller Zeiten, ausglüht hat. Man weiß zwar, daß er erschüttert von allen seinen Mißerfolgen im Jahre 1610 an gebrochenem Herzen starb, aber man weiß nicht einmal, wo er gestorben ist und kein Denkmal ehrt den Mann, der mit seiner Erfindung der Strumpf- und Wirkwarenindustrie einen so ungeahnten Aufschwung brachte, daß

Für die Mitglieder des Gesamt-Verbandes trifft nach wie vor zu, was in unserem Programm so schön mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht worden ist.

„Der „Gesamt-Verband“ ist sich bewußt, daß zur Erreichung seiner Ziele Entscheidungen auf dem weiten Felde der politisch-parlamentarischen Betätigung herbeigeführt werden müssen. Ebenso wie er alle Tendenzen unterstützt und fördert, die auf die Erhaltung des Friedens und auf eine verständnisvolle, nur in der Erzielung des größtmöglichen Kulturfortschrittes miteinander wetteifernden Zusammenarbeit der Völker der ganzen Welt abzielen, steht er zur demokratischen Republik, als der dem Befreiungskampfe des Proletariats zweckentsprechendsten Staatsform. Dabei findet der „Gesamt-Verband“ seine stärkste Stütze in der Sozialdemokratischen Partei, in deren parlamentarischen Körperschaften er seine politische Interessenvertretung erblickt.“

Wir brauchen in Sachsen unbedingt eine Stärkung der Sozialdemokratischen Partei. Die großen Fragen des Verkehrs, die in Sachsen dringender als anderswo beantwortet werden müssen, die Fragen der Verbesserung des Ruhelohns für unsere sächsischen Gemeindearbeiter, die Ruhelohnsfragen der Angestellten der Behörden und öffentlichen Betriebe in Sachsen werden entschieden durch die Kraft, die die sächsischen Wähler der Sozialdemokratischen Partei zu geben gewillt sind. Kein Land ist geeigneter als gerade unser industrielles Sachsen, ein Beispiel für die Kraft und den entschiedenen Mitarbeitswillen des schaffenden Volkes zu geben. Die ausschlaggebende Partei im Sächsischen Landtag muß die Sozialdemokratie sein. Es ist darum Pflicht aller unserer Mitglieder, einen Landtag zu wählen, der für die Sorgen und Nöte der Arbeiter, Angestellten und Beamten ein weitgehendes Verständnis hat. Unsere Mitglieder wählen deshalb Sozialdemokraten. Überall, wo sich Gelegenheit dazu gibt, werden unsere Mitglieder für die Liste 1, für die Sozialdemokratische Partei.

O. Kpt.

Werftarbeiter und Schlichtungsämter in Australien

Das föderative Schlichtungsamt von Melbourne gab am 3. Mai eine wichtige Entscheidung, die auch für deutsche Gewerkschafter von Interesse sein dürfte. Die sehr radikal eingestellte Föderation der Werftarbeiter hatte den Antrag gestellt, die 1918 eingeführte, vor zwei Jahren aber durch Gesetz beseitigte Einrichtung wieder in Kraft zu setzen, „bei Arbeiterereinstellungen Gewerkschaftsmitglieder zu bevorzugen“. Der Hauptschlichtungsrichter Beedy verwarf den Antrag. Zum Verständnis der in Australien bestehenden Verhältnisse sei bemerkt, daß Richter Higgins 1918 die gesetzliche Lage also definierte: Bei Arbeiterereinstellungen seien zuerst Gewerkschaftsmitglieder zu berücksichtigen, erst bei Arbeitermangel kämen auch andere Elemente in Frage. Wie gesagt, wurde diese allgemeine Regel während des Streiks vor zwei Jahren von der nun durch die Arbeiterregierung abgelösten reaktionären Bruce-Regierung im Parlament durchgedrückt. Zur Begründung der Entscheidung erklärte Richter Beedy:

„Würde dem Antrag der Werft- und Transportarbeiterorganisation entsprochen, so käme es einer Sanktion zur Entlassung aller vor zwei Jahren eingestellten Arbeitswilligen gleich.“

Eingehend auf die zuerst im Jahre 1896 eingeführte soziale Schlichtungs- und Lohnämter-Gesetzgebung sagte der Richter: „Die Gesetzgebung wurde mit dem Ziel geschaffen, den Tarifvertrag allumfassend und obligatorisch zu machen. Die Lohnämter setzen die Löhne fest, die Schiedsgerichte Zwangstarife überall da, wo das Mittel der freien Vereinbarung versagt. Leider erfüllten sich die in die Gesetzgebung gesetzten Hoffnungen nicht. Das Zwangsschlichtungswesen schützte den Staat doch nicht davor, in die Kämpfe der Arbeiter und Unternehmer (gewalttätig) einzugreifen. Schließlich ließ der Richter durchblicken, vielleicht sei es später durch irgendeinen Vergleich möglich, eine Zwischenregelung zu finden, wonach die vorhandene Arbeit zwischen Freiwilligen und Gewerkschaftsmitgliedern verteilt werden kann.

Befagter Streik war eine Folge von Kopflosigkeit sowie übergeschnapptem Radikalismus, der Uneinigkeit in die Reihen der Gewerkschaften brachte. Verschlimmert wurde die Lage durch eine Reihe von „Lighthening Strikes“ (wilden Streiks), gegen die sich die Hauptvorstände zur Wehr setzen mußten. In diesem allgemeinen Durcheinander — die Seeleute griffen schließlich zum Mittel des Sympathiestreiks — brachte die Regierung ihre Antigewerkschaftsvorlage ein, wonach die meisten Errungenschaften von 1918 illusorisch wurden. Durch die ungeheuerlichen Streiks waren der Arbeiterpartei im Parlament die Hände gebunden. Die Vorlage wurde gegen ihre Stimmen zum Gesetz erhoben, der Streik brach, wie er begonnen, in allgemeinem Durcheinander zusammen. Wohl wehrte man sich gegen die maßlose Verletzung der Schlichtungsgesetzgebung, es war jedoch vergebliche Mühe, da doch die Arbeiter, angefaßt durch eine unverantwortliche Politik der Kommunisten, schon vorher diese Gesetze außer Kraft setzten. Es kann eben nicht scharf genug betont werden, daß auch das Schlichtungswesen wie jede andere Einrichtung zwei Seiten hat. In dieser Hinsicht ist sehr wichtig, was Hermann Müller vom ADGB 1927 in der „Arbeit“ schrieb:

„Soll für die Unternehmer die uneingeschränkte Handlungsfreiheit auch gelten? Sind wir (d. h. die Gewerkschaften) nicht vielmehr ständig an der Arbeit, denen die Handlungsfreiheit gehörig einzuschränken? Was ist der gesamte Arbeiterschutz, auf dessen gesetzlichen Ausbau wir den größten Wert legen? Schränkt er die Handlungsfreiheit der Unternehmer und ihrer Koalitionen nicht ganz gewaltig ein? Es ist eine gesellschaftlich bedingte Notwendigkeit, daß der wirtschaftlich Schwache, der Arbeiter, vor dem wirtschaftlich Starken geschützt wird, und wir fragen nicht im geringsten danach, ob die Unternehmerverbände sich dadurch in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt fühlen.“

Klar und deutlich kommt hier der Sinn des Schlichtungswesens zum Ausdruck. Weil die australischen Werftarbeiter diese Dinge außer acht ließen, verloren sie wertvolle Errungenschaften, vor allem aber das Vorrecht, wonach bei Arbeiterereinstellungen zunächst Gewerkschaftsmitglieder zu berücksichtigen sind.

B. Weingarth.

Die Nutznießer seiner Schöpfung Millionen verdienen konnten und noch verdienen. Und Hunderten ist es ähnlich so ergangen. Als Charles Tellier, der Erfinder der Kälteindustrie, im Alter von 90 Jahren starb, erfuhr man erst, daß er in einer ärmlichen Dachkammer einer Mietshäuserne zu Paris an Entkräftung zugrunde ging, weil er nicht mal so viel hatte, sich satt zu essen und anständig zu wohnen. Von Pietro Martin, der einem unserer modernen Stahlschmelzverfahren, dem Martinverfahren, den Namen gegeben hat, wurde 1912 bekannt, daß er im Alter von 86 Jahren in der Nähe von Paris in ganz ärmlichen Verhältnissen lebte und kaum ausreichend zu essen hatte. Erst darauf wurde eine Liste zu einer Pietro-Martin-Spende aufgestellt und an die Stahlindustrie aller Länder ein Aufruf gerichtet, sich an der Sammlung zu beteiligen, um das Los des greisen Erfinders zu mildern.

Ruhmlos und im größten Elend ist seinerzeit auch der Erfinder des Kinematographen, William Friese Green, aus der Welt gegangen, ein Mann der 1889 für die erste Konstruktion eines kinematographischen Apparates ein Weltpatent besaß und auch sonst das Verdienst für sich in Anspruch nehmen kann, der Entwicklung des Kinos mit grundlegenden Leistungen gedient zu haben. In seiner größten Not war dieser geniale Erfinder gezwungen, die Rechte an seinen Patenten um 200 Pfund zu verkaufen, so daß nach seinem Tode für seine Hinterbliebenen gesammelt werden mußte. Oder sollen wir noch auf Gutenberg verweisen, dem Erfinder der Buchdruckerkunst, der noch in seinem Alter in die Fremde gehen mußte, um sich vor schlimmster

Not zu schützen, weil ihn seine beiden Freunde Faust und Schöffler um die Früchte seiner Erfindung betrogen hatten.

Es ist überhaupt merkwürdig, daß gerade die größten Erfinder, die der Menschheit die genialsten technischen und kulturellen Fortschritte schenkten, meist auch den härtesten Kampf um ihre materielle Existenz zu führen hatten, während an ganz unbedeutenden Erfindungen oft auch die Erfinder ganz erhebliche Summen verdienten. So ist zum Beispiel bekannt, daß der Erfinder der Stahlfeder ein gewaltiges Vermögen erworben hat. Ebenso soll der Erfinder der Rollschuhe mit seiner Erfindung rund fünf Millionen Mark verdient haben. Der Erfinder des Schnürsenkels, der Amerikaner Harwey Kennedy, soll übrigens an diesem unscheinbaren Ding sogar 12 Millionen, und der Erfinder der Sicherheitsnadel über 60 Millionen verdient haben. Auch das Patent des ersten primitiven Kinderwagens, soll lange Zeit für die Erfinderin einen jährlichen Gewinn von 200 000 Franken eingebracht haben. Allerdings müssen wir bei allen diesen Erfindungen berücksichtigen, daß es sich um Leute handelte, die ihre Erfindungen selbst ausnützten und nicht, wie die meisten Erfinder, darauf angewiesen waren, lediglich das Nutzungsrecht der Erfindung an Leute zu vergeben, die für die Erzeugung des notwendigen Kapital besaßen. Darin ist überhaupt die Tragik so vieler Erfinderschicksale gelegen, daß sie meist für die Auswertung ihrer Ideen nicht die nötigen Mittel haben, dies anderen Menschen überlassen müssen und sehr häufig schon von diesen um die Früchte ihres Genies betrogen worden sind.

K. Dopf.

Eine Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem

Bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums nahm Kollege **Car now**, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes, das Wort, um an der Wirtschaftspolitik des heutigen kapitalistischen Systems Kritik zu üben und die Forderungen der freien Gewerkschaften zu vertreten. Er ging aus von dem ungeheuren Druck der herrschenden Arbeitslosigkeit und betonte:

Arbeitsbeschaffung müßte das Zentralproblem nicht nur der Wirtschaft, sondern der ganzen Staatspolitik sein. Das Hauptkraftzentrum der Regierungspolitik müßte im Wirtschaftsministerium liegen. Es müßte wenigstens verhindern, daß die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik in eine Richtung gebracht wird, die den Gesamtinteressen der deutschen Wirtschaft nicht förderlich sein kann, diese vielmehr den einseitigen Interessen der Landwirtschaft unterordnet. Die starke Erhöhung der Agrarzölle aber, die Ausdehnung des Einfuhrschleppensystems, also der Exportprämien und des Dumpings, macht uns in der übrigen Welt natürlich höchst unbeliebt und muß unsere auswärtigen Handelsbeziehungen ungeheuer erschweren. England, Holland und Skandinavien haben im letzten Jahr deutsche Waren im Werte von 4 Milliarden aufgenommen und uns einen Ueberschuß von annähernd 1½ Milliarden geliefert. Wenn diese drei Einfuhrgebiete infolge der Aenderung unserer Handelspolitik dem Ansturm ihrer Schutzzöllner nicht widerstehen können und ihre Handelspolitik ändern, so sind das zentnerschwere Gewichte gegenüber den vielleicht vorhandenen Erfolgsaussichten Ihrer Landwirtschaftspolitik.

Aus Bemerkungen des Reichswirtschaftsministers kann man schließen, daß der Minister die Absicht hat, unsere Handelspolitik zum Protektionismus umzubiegen. Wenn solche Absichten bestehen, dann möchten wir sie bei Zeiten kennenlernen, damit der Reichstag aussprechen kann, daß er nicht mitmacht, weil Lebensinteressen der deutschen Wirtschaft bedroht werden.

Die Größe der Arbeitslosigkeit ist kein Beweis für eine Lebensunfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese hat sich ausgezeichnet entwickeln können in derselben Zeit, in der die Arbeitslosigkeit ständig angewachsen ist.

Eine der wichtigsten Ursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit ist die überflürzt betriebene Rationalisierung der deutschen Produktion.

Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die Zahl der durch die Rationalisierung unmittelbar freigesetzten Arbeiter auf zwei Millionen. Dazu kommen die bereits bei Beginn der Rationalisierung vorhandenen Arbeitslosen. Das verfügbare Kapital, das zur Ansetzung von Arbeitern hätte verwendet werden können, ist zur Freisetzung von Arbeitskräften gebraucht worden, die nicht mehr unterzubringen sind.

Dann aber muß man die Arbeitszeit verkürzen. Nach dem jetzigen Stand der technischen Einrichtungen wäre der Siebenstundentag oder die Fünfstagewoche durchaus genügend, um die volkswirtschaftlichen Leistungen, die heute in acht oder noch mehr Stunden geleistet werden, durchzuführen. Diese Arbeitszeitverkürzung wäre möglich, ohne daß dadurch die volkswirtschaftliche Leistung zurückgeht. Allerdings ist diese Frage nicht mit moralischen Argumenten zu lösen. Immer war das Kernstück politischer und wirtschaftlicher Auseinandersetzungen ein Machtkampf. Wir werden die Arbeiterklasse noch besser organisieren, die Arbeiterchaft wird sich noch härter hinter ihre politische und gewerkschaftliche Vertretung stellen müssen, dann werden wir die Möglichkeit haben, das, was in der Wirtschaft durchführbar ist, auch verwirklichen zu können. Wir vertrauen darauf, daß die Arbeiterklasse, soweit sie das heute noch nicht begriffen hat, es noch begreifen wird.

Man spricht viel von der Kapitalnot, aber diese begründet noch nicht, daß die ganze Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik, auch die ganze Lohnpolitik in den Dienst einer stärkeren Kapitalbildung gestellt werden muß. Das Ausmaß der inneren volkswirtschaftlichen Kapitalbildung wenigstens seit 1927 ist nach allen Schätzungen und Berechnungen bereits so groß, wie in den letzten Vorkriegsjahren. Es wird aber nicht bestimmt durch unseren Kapitalbedarf allein, sondern durch eine ganze Reihe anderer Faktoren, vor allem dadurch, in welchem Maße das vorhandene und das neu gebildete Kapital in der deutschen Wirtschaft eine rentable Verwendung finden kann. Trotz dieser fortgesetzten Kapitalnot ist eine ungeheure Menge von Kapital verschwendet und vergeudet worden. Je mehr man von den Einzelheiten erfährt, um so mehr erkennt man, daß Millionenbeträge durch Fehlinvestitionen vergeudet und der Volkswirtschaft entzogen worden sind. Was in den letzten Jahren getan wurde, war das Gegenteil wirtschaftlicher Vernunft. Der Auslandskredit wurde uns ferngehalten, die Gemeinden stranguliert. In der Zeit, wo sie langfristige Auslandskredite hätten bekommen können, ist ihnen die

Möglichkeit dazu genommen worden. Sie mußten sich in kurzfristige Schulden stürzen. Aber die Privatwirtschaft, die sich so gezeichnet hat, als die Gemeinden stranguliert wurden, ist heute die Leidtragende. Besonders der Baumarkt, durch den die Arbeitslosigkeit so stark vergrößert wird. Der Wohnungsbau liegt fast vollständig brach, und das ist mit verursacht durch die Kreditpolitik gegenüber den Gemeinden. In dieser so ungeheuren und so verzweifelt langen Arbeitslosigkeit glaubt das Unternehmertum die Gelegenheit gekommen, um allgemeinen Lohnabbau durchzuführen. In den letzten Jahren haben wir unausgesetzt hören müssen, daß die deutsche Produktionswirtschaft so stark belastet sei durch Steuern, soziale Abgaben und zu hohe Löhne. Die Zahlen über die Entwicklung unseres Außenhandels widerlegen die Behauptung, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dadurch unterbunden wäre. In der ganzen Welt hat keine Volkswirtschaft ihre Ausfuhr in dem Maße steigern können wie die deutsche.

Aber selbst bei einem allgemeinen Lohnabbau von 10 Proz. könnten die Preise noch nicht um 1 Proz. gesenkt werden. Eine 10prozentige Lohnsenkung würde aber die Kaufkraft der Arbeiter viel stärker als um 10 Proz. vermindern, denn die Ausgaben für Miete und Ernährung bleiben, und nur die Spitzen des Lohnes sind konjunkturell beeinflussend. Ein 10prozentiger Lohnabbau würde die Kaufkraft um 20, 30 oder 100 Proz. verringern. Man sollte etwas mehr von amerikanischer Wirtschaft und amerikanischer Wirtschaftstheorie lernen!

Den Unternehmern genügt aber nicht die Möglichkeit, die Löhne senken zu können, sie benutzen die Zeit zu einem Angriff auf die tariflichen Mindestlöhne; sie wollen das Existenzminimum der Arbeiterschaft drücken. Dafür sehen wir zahlreiche Anzeichen, dafür sind auch schon taktische Maßnahmen eingeleitet. So hat der Stahlwerksverband eine ganze Reihe gesunder Werke aufgekauft, um sie stillzulegen.

Es gehört ein robustes Gewissen dazu, tausende Arbeiter existenzlos zu machen, ganzen Gemeinden die Daseinsgrundlage durch einen einfachen Beschluß zu entziehen. Eine ganz tolle Mißwirtschaft ist im Mansfelder Kupferbergbau getrieben.

Dort sind Millionenverluste entstanden durch leichtfertige Beteiligungen an fremden Unternehmungen. 1928 ist die ganze Konzernleitung zum Teufel gejagt worden, weil sie ohne Wissen des Aufsichtsrats große verlustreiche Aktienkäufe gemacht hat. Aus diesen Falschpekulationen ist ein Verlust von über 4 Millionen entstanden. Weil ein paar Leute durch eine einzige Aktion 4 Millionen Mark von der Substanz des Werkes vernichten, die wiederum in gewisse Taschen geflossen sind, sollen 14 000 Arbeiter mit ihren Familien ihre Lebenshaltung um 15 Proz. einschränken.

Die Nachteile der Kartelle sind so stark geworden, ihr Einfluß so unheilvoll, daß die Zeit zu einer schärferen Kartellgesetzgebung gekommen ist.

Die heutige gewaltige Arbeitslosigkeit ist nicht wirtschaftlich notwendig bedingt. Wir sehen neben ihr eine gewaltige Ueberschwemmung des Marktes mit Rohstoffen und ein starkes Sinken der Rohstoffpreise. Also Ueberschwemmung mit produktiven Kräften, Arbeitslosenarmeen in der ganzen Welt, die sich ständig vergrößern, Wachsen der Zahl der leeren Hände und der mechanischen Kräfte. Dieses Uebermaß von Gütern stellt einen Reichtum dar, dessen Zunahme noch unübersehbar ist angesichts des riesigen Angebots von Rohstoffen und von produktiven Kräften zu ihrer Verarbeitung. Daneben aber sehen wir die Menschen verzweifeln und rufen: „Weh! uns, wir sind verloren, wir gehen zugrunde am Mangel, wenn es nicht gelingt, uns Arbeit zu geben.“

Diese Zustände sind eine fürchterliche Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, das angesichts der technischen Entwicklung nicht mehr möglich ist, ohne die Wohlfahrt der Gesellschaft zu gefährden. Das kapitalistische System hat seine Verdienste in der Entwicklung der Produktivkräfte, aber die Zeit ist gekommen, wo seine historische Rolle vorbei ist, wo die gesellschaftlichen Kräfte organisiert werden müssen, um das Wirtschaftssystem zu regulieren.

Die Zeit ist gekommen, wo die Gesellschaft sich zusammenschließen muß unter Ausschaltung der Profitinteressen, die das kapitalistische System beherrschen, und um die Wirtschaft so zu organisieren, daß die bestmögliche Versorgung das einzige Ziel der Wirtschaft überhaupt noch ist. Nur wenn wir die Wirtschaftspolitik in dieser Richtung entwickeln, werden wir die Aussicht haben, zu einer vernünftigen Wirtschaft zu kommen!

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die französische sozialistische Partei hielt ihren Kongress vom 8. bis 12. Juni in Bordeaux ab. Lebhaft diskutiert wurden die Fragen der Landesverteidigung und die Haltung der Partei. Die Zahl der Parteimitglieder ist auf 120 000 gestiegen; ein erfreuliches Ergebnis.

Der deutsche Gesandte in Lissabon, von Baltgang, wurde am 7. Juni von einem geisteskranken Seemann ermordet.

Prinz Carol von Rumänien, der am 4. Januar 1926 abgesetzte Kronprinz, befand sich seit Jahren im Ausland. Er ist am 6. Juni mittels Flugzeug in Bukarest eingetroffen und wurde zum König gewählt. Damit hat er seinen sechsjährigen Sohn auf dem Thron abgelöst.

Die 14. internationale Arbeitstourenz wurde am 10. Juni in Genf eröffnet. An ihr nahmen Delegationen von 51 Ländern teil.

Der Reichsarbeitsminister hat den im Manteltarifvertrag der Gruppe Nordwest der Eisenindustrie gefällten Schiedsspruch vom 26. Mai, der für 200 000 Arbeiter einen Lohnabbau vorsieht, für verbindlich erklärt. Die Lohnersparnis soll 7 1/2 Proz. betragen.

Die Beratung über die Emission der ersten Young-Anleihe wurde am 11. Juni abgeschlossen und eine Vereinbarung über die Höhe der Anleihe in den einzelnen Staaten erreicht.

Das Tragen der nationalsozialistischen Uniform in Preußen wurde auf Grund eines Erlasses des preussischen Innenministers vom 11. Juni verboten, dasselbe geschah am 13. Juni in Baden.

Der internationale Konsumgenossenschaftsbund begann am 12. Juni in Stockholm seine 31. Tagung.

Der Mecklenburgische Städtetag hat am 13. Juni gegen den Entwurf einer Reichstädtordnung Stellung genommen.

Das Reichskabinett hat sich in der Sitzung am 13. Juni für eine Senkung der Löhne und Gehälter ausgesprochen.

In Frankreich sind von den Geldern des Schatzamtes 7 Milliarden Franken zu noch nicht festgestellten Zwecken heimlich verwendet worden.

Major Babst, der sich nach dem Rapp-Putsch nach Oesterreich wandte, wurde am 14. Juni ausgewiesen. Er hat sich nach Italien begeben.

Bildungsarbeit

Zum Abschluß des 1. Kurses in Bernau hielt der Leiter der Schule, Dr. Seelbach, folgende trefflichere und gedanklich wertvolle Rede: Der erste Kursus an der Bundeschule nähert sich dem Ende. Vier Wochen geistiger Anspannung und körperlicher Erholung, vier Wochen mühevoller Arbeit und höchster Zielsetzung, vier Wochen seelischer Sanierung sind vorüber. Von der Lebenslage werktätiger Arbeit befreit, standen Erfüllungspforten flügeloffen vor Ihnen. Was Sie lange erhofft hatten, aus der Arbeit und den Funktionen im Verbands heraus sich ganz geistiger Arbeit widmen zu können, sahen Sie hier erfüllt. Bernau ist Ihnen zu einem Erlebnis geworden, das Sie nicht vergessen werden. Was gab Ihnen dieser Kursus? Was war Ihnen Bernau? Es war zunächst ein Naturerlebnis, das überall, wo Sie sich auch aufhielten, auf Sie eindrang, sei es im Wohnraum oder in den Studien- oder Aufenthaltsräumen, überall lag die märkische Kiefernlandschaft weit und offen vor Ihnen. Dieses Naturerlebnis wurde noch stärker, wenn wir im Freien spielten, bei Turnen und Sport und auf unseren Wanderungen zu den märkischen Seen. Das Flammenübermaß des Tages brannte in Ihrer Seele, abgelöst von der glühenden Stille der Nacht. Natur hat Ihnen hier in Bernau die Kraft zum großen Wollen gegeben. Zu dem Naturerlebnis kam das Erlebnis moderner Baukunst, die in unserem Schulhause verwirklicht ist. Die Grundsätze der Zweckmäßigkeit und Sachlichkeit gaben der Schule den Charakter der Fabrik. Diese Grundsätze sind in Übereinstimmung mit dem Wesen der freien Gewerkschaften, der Bewegung der größten Sachlichkeit, die in all ihrem Wirken zum Ausdruck kommt. So umstritten der Bau auch sein mag — es ist kein Fehler, daß er die stärksten Diskussionen auslöst —, so unbestritten ist die Tatsache, daß alles liebevoll in ihm durchdacht ist. Wo wir uns auch aufhalten mögen, überall finden wir alles vorbereitet, unsere Arbeit mit dem größten Erfolge durchzuführen. In dieser Natur, in diesem Hause verband uns, die wir aus allen Teilen Deutschlands uns hier eingefunden haben, das Gemeinschaftserlebnis. Die Arbeiterbewegung kämpft um eine neue Freiheit. Nicht die Freiheit des Liberalismus wollen wir, der jedem das Recht gibt, seine Interessen unbekümmert um andere zu vertreten, der alle Schranken der Ueberlieferung einreißt, ohne eine neue Ordnung aufzubauen. Wir waren durch unsere Schulordnung, die von der Bildungsaufgabe aus bestimmt war, in mancher Beziehung gebunden. Diese Bindungen sind für uns wichtig; wir wollen die Freiheit

in einer neuen Ordnung und dazu gehört die innere Kraft, sich dem Ganzen einzuordnen. — Der Aufenthalt in Bernau als Erlebnis ist das Entscheidende, nicht die Schulungsaufgabe, die uns hier in mancher Stunde vereinigte. Die wissenschaftlichen Leistungen können in so kurzer Zeit nicht weit gehen. Wir mußten uns auf vielen Gebieten betätigen. Diese Vielseitigkeit trotz der Kürze der Zeit steht nicht im Gegensatz zu einer ernstlichen pädagogischen Arbeit. Wir können bei einem Funktionär der Arbeiterbewegung eine Fülle von Erfahrungen voraussetzen, die es uns ermöglicht, auf allen Lehrgebieten vorhandene Anschauungen und Eindrücke zu verwerten. Unsere Schulungsarbeit ging von den praktischen Bedürfnissen der Gewerkschaften aus und kehrte zu ihr zurück. Die Gewerkschaft als ein teuer erkämpftes Gut stand in allen Unterrichtsstunden im Mittelpunkt unserer Erörterungen. — Wir haben eine Einführung in die Geschichte der Gewerkschaften gegeben, eine Einführung in die Geschichte der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Was wir aus der Vergangenheit lernen können, ist die Erkenntnis, daß wir neue Aufgaben vor uns haben, die mit neuen Mitteln und auf neuen Wegen weiter geführt werden müssen. Wir stehen vor neuen Situationen und müssen immer wieder wie die Alten die Kraft haben, die neuen Aufgaben selbstständig und neuartig anzufassen. — Wenn ich mit meinen Kollegen das überlege, was wir in vier Wochen erreichen können, so ist der Erfolg sicher nicht auf dem Gebiet der Wissensvermittlung zu suchen. Was wir erwarten, ist, daß alles, was Sie hier erlebt haben, dahin wirkt, Sie innerlich fester zu machen, die Schwierigkeiten, die der ehrenamtliche Funktionär am unmittelbarsten zu spüren hat, sicherer als vor dem Aufenthalt in Bernau zu überwinden. Darüber hinaus wäre es uns eine besondere Freude, wenn zu der inneren Festigkeit eine größere Aktivität sich gesellte, die wir vielleicht nicht von allen, sicher aber von einem Teil auch noch erwarten. Von allen, die die Bundeschule besuchten, hoffen wir, daß sie inneres Leben in die Bewegung tragen. Die Gewerkschaften dürfen keine bloße äußere Macht sein, sie müssen sich vor der Mechanisation hüten, die jeden großen Verband bedroht. Angesichts der augenblicklichen Stagnation in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ist die innere Verlebendigung um so nötiger. Zum Schluß wünsche ich, daß Sie nach Ihrer Rückkehr die Arbeit mit der Lebensklugheit anpacken, auf die wir öfter zu sprechen kamen, nicht überheblich, nicht streberisch, aber auch nicht entmutigt, wenn sich Schwierigkeiten neu vor Ihnen auftun. Ich möchte meine Abschiedsworte mit einem Wort schließen, das aus dem „Fauft“-Abend noch in uns lebendig ist. Fauft kehrte vom Osterspaziergang zurück, um in seinem Studierzimmer das neue Testament in sein geliebtes Deutsch zu übertragen:

„Geschrieben steht: „Im Anfang war das Wort!“
Hier stod ich schon! Wer hilft mir weiter fort?
Ich kann das Wort so hoch unmöglich schätzen,
ich muß es anders übersehen,
wenn ich vom Geiste recht erleuchtet bin.
Geschrieben steht: Im Anfang war der Sinn.
Bedenke wohl die erste Zeile,
Daß deine Feder sich nicht übereile!
Ist es der Sinn, der alles wirkt und schafft?
Es sollte stehn: Im Anfang war die Kraft!
Doch, auch indem ich dieses niederschreibe,
Schon warnt mich wech, daß ich dabei nicht bleibe.
Mir hilft der Geist! auf einmal seh ich Rat
Und schreibe getrost: Im Anfang war die Tat!“

Diesen Weg faustischer Ueberlegungen ist auch die Arbeiterbewegung gegangen. Sie ist nicht die Bewegung des großen Wortes. Darin unterscheidet sich die freigewerkschaftliche Arbeit von den radikalen Einstellungen, die rechts und links von ihr um die Massen werben. Die enge Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, die starken schulischen Bestrebungen, die ernste Betrachtungsweise in der Presse zeigen uns, wie sich die Bewegung heute darum bemüht, den Sinn unserer Zeit, die Aufgaben, die uns heute gestellt sind, zu erkennen. Auch Erkenntnis allein genügt nicht; zu ihr muß die Kraft kommen, die in der Stärke der Organisation liegt. Ideen ohne Machtgruppen bleiben unwirksam. Kraft und Erkenntnis allein tun es auch noch nicht, man muß auch von ihnen Gebrauch machen. Deshalb schließen wir uns der faustischen Auffassung an, daß im Anfang die Tat ist, von der die Gewerkschaften in der Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Ausgang genommen haben, und der sie ihren Aufstieg verdanken. So schlicke ich meine Abschiedsbetrachtungen mit dem Wunsche, daß unsere Schüler von Bernau tiefer hineinwachsen in den Sinn der Bewegung, beitragen zu ihrer Kraft und Größe und daß sie den Mut finden zur unaufhörlichen Kleinarbeit und Verantwortung, den Mut zur Tat.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die fünfte Konferenz der Gewerkschaftsredakteure fand am 3. und 4. Juni 1930 in Berlin statt. Nach einleitendem Referat des Genossen **Stamper** über die Einheit von Gewerkschaften und Partei, wie sie sich in den letzten Jahren in stärkerem Maße, insbesondere durch die Sonderbestrebungen der KPD, als notwendig erwiesen hat, referierte Genosse **Ludwig** ausführlich über die Entwicklung der SPD-Partei. Von den mehr denn eine Million Mitgliedern der SPD, die sich in 9734 Ortsgruppen verteilen, sind erst 200 000 Frauen erfasst. Die Parteipresse zählt gegenwärtig 192 täglich erscheinende Organe. Daneben gibt es zahlreiche Zeitschriften, Wochenblätter usw. an verschiedenen Orten. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Redners über die organisatorische Zersplitterung in der Arbeiterchaft, wie sie heute noch selbst innerhalb der politisch gleichgerichteten Kreise besteht. Hier muß größere Vereinheitlichung durchgeführt werden. Die besonderen Institutionen des SPD-Vorstandes sind: 1. Reichsbildungsausschuß, 2. Arbeiterjugend, 3. Arbeiterwohlfahrt, 4. Konzentration (Geschäftskontrolle der Parteidruckereien), 5. Fürsorgekasse für die Funktionäre der SPD. (soweit sie nicht der Unterstützungsvereinigung angehören), 6. Informatenunion. Insgesamt sind gegenwärtig in diesen Institutionen über 8000 Personen beschäftigt. Genosse **Dörband** (Buchdrucker) referierte alsdann über die „Ausbaufragen der Gewerkschaftspresse“, insbesondere über die Drucktechnik und ihre Schwierigkeiten, die zu einer regen Diskussion Anlaß gab. Ein weiteres Referat hielt Kollege **Dittmer** über die „Fachtechnischen Zeitschriften der Gewerkschaften“. Die fortschreitende Rationalisierung in der Industrie hat zwar nach wie vor mehrere Hundert Einzelberufe entwickelt. Andererseits ist doch ein verstärktes Berufsinteresse trotz alledem festzustellen, zumal heute der Kampf um den Arbeitsplatz infolge der herrschenden Massenarbeitslosigkeit schwerer geworden ist. Die fortgesetzte Umstellung in der Industrie erfordert aber nicht nur eine gründliche Fachbildung, sondern auch weitere Fortbildung in den jeweiligen Berufen. Auch die angelernten Berufe, wie z. B. Maschinisten und Heizer, Kraftfahrer, Straßenbahner usw. bedürfen besonderer fachtechnischer Zeitschriften, um den Aufgaben ihres Berufes nachzukommen. So haben von den 51 freien Gewerkschaften zurzeit 20 besondere fachtechnische Organe herausgegeben, die zumeist schon in der äußeren Gestaltung neuzeitlich und erfreulich anmuten, ob sie nun im Tiefdruck oder Hochdruckverfahren erscheinen. Zahlreiche Bilder ergänzen die fachtechnischen Darlegungen. Die Mitarbeiter sind zum großen Teil auch aus den eigenen Reihen sowie aus den Berufsschulen usw. Die fachtechnischen Zeitschriften des Gesamtverbandes („Luft- und Kraftfahrt“, „Wirtschaft, Technik, Verkehr“, „Sanitätswarte“, „Gärtner-Fachblatt“) erfreuen sich eines großen Leserkreises. Bei alledem ist zu wünschen, daß in immer stärkerem Maße die Anteilnahme an der fachtechnischen Entwicklung in den deutschen Gewerkschaften wach bleibt. Auch zu diesem Punkte entwickelte sich eine rege Diskussion. Der Vorsitzende des Sachausschusses, Kollege **Scheffler**, gab dann einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses. Insbesondere müsse der Einfluß der Gewerkschaftspresse in der Öffentlichkeit erheblich gesteigert werden, um so der einseitigen Tendenz der bürgerlichen und der gegnerischen Presse ein Gegengewicht zu geben. Die Tagung brachte insgesamt eine Fülle von Anregungen und dürfte sicher dazu beitragen, daß der planmäßige Ausbau der Gewerkschaftspresse sich auch weiterhin vollzieht.

Internationale Gewerkschaftsbewegung

Vorschläge für eine Reorganisation der Arbeiterbewegung in Spanien. In einer in Madrid am 23. Mai gehaltenen Rede, die im Madrider „El Socialista“ ausführlich wiedergegeben wurde, hat **Francisco Largo Caballero**, der Sekretär des spanischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, die Notwendigkeit einer Vereinigung der Partei mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund befürwortet. Caballero erwähnte die Anregungen auf eine Vereinigung der Kräfte der Linken und meinte, daß diese Vereinigung bei den Arbeitern selbst ihren Anfang nehmen müsse. „Wenn wir davon sprechen, uns für konkrete Ziele mit bürgerlichen Kräften zu verbinden, die mit uns in den nächsten Aufgaben übereinstimmen, ist es da nicht natürlich und durchaus logisch, daß die Arbeiterklasse sich zuerst selbst einigt? Ich glaube fest daran, daß die historische Situation verlangt, daß der Allgemeine Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Partei eine Allianz bilden — nicht eine bloß auf Sympathien und Übereinstimmungen begründete Allianz, die schon heute besteht, sondern eine auf einer Vereinbarung und einem eigenen Programm begründete Allianz.“ Er sei bereit, diesen Schritt zu befürworten, obwohl im Allgemeinen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Partei in mindestens zwei Punkten Übereinstimmung herrsche, nämlich im Wunsche nach einer Republik und nach einer Sozialgesetzgebung, was ohne politische Aktion nicht erkämpft werden könne.

Aus unserer Bewegung

Stuttgart. In der 1. Delegiertenversammlung am 3. Juni stand neben dem Geschäfts- und Kassenbericht für das erste Quartal auch der Entwurf des Ortsstatuts zur Beratung. Kollege **Engelhardt** gab als 1. Bevollmächtigter den Geschäftsbericht. Einem Ueberblick über die Zusammenschlußbestrebungen der Gewerkschaften im allgemeinen folgte ein Rückblick auf den Zusammenschluß zum Gesamt-Verband. Der Organisationsstand ist in Stuttgart wie im Reich, gemessen an den wirtschaftlichen Verhältnissen, als **durchaus gut** zu bezeichnen. Zusammenschluß und Zusammenarbeit hat sich glatt und ohne besondere Schwierigkeiten vollzogen. Nach einer Klarstellung über die getroffenen Maßnahmen, betreffend Ausschlüsse einiger Mitglieder, schilderte Kollege **Engelhardt** Ausmaß und Auswirkung der Rationalisierung bei den Gemeinde-, Staats-, Verkehrs- und Handelsbetrieben. Die allgemeine Wirtschaftskrise mit den erschreckend hohen Arbeitslosenziffern wirkt sich sowohl auf die Handels-, Verkehrs- und Transportbetriebe, wie auch auf die Gemeinde- und Staatsbetriebe aus. Ein Ueberblick über den Stand der Tarif- und Lohnbewegungen der einzelnen Abteilungen, Sektionen und Gruppen vervollständigte das Bild der überaus reichen Arbeit der Ortsgruppenleitung. Der von dem Kollegen **Hinderer** erstattete Kassenbericht zeigt eine geordnete gesunde Entwicklung. Der Durchschnittsbeitrag hat sich etwas gehoben. Im Schlußwort konnte Kollege **Engelhardt** manche schiefe Darstellung des Oppositions-führer sowie die verantwortungslosere Schreibweise der Stuttgarter kommunistischen Presse ins rechte Licht stellen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 3. Juni d. J. tagende Delegiertengeneralversammlung des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Ortsgruppenverwaltung Stuttgart erklart in der in Stuttgart noch nie erreichten Zahl der Arbeitslosen eine große Gefahr für das ganze Wirtschaftsleben. Eine Abhilfe kann nur erreicht werden, wenn die Opfer der Wirtschaftskrise möglichst rasch wieder in Arbeit gebracht werden.“

Die Versammelten eruchen den Gemeinderat, sowie die Reichs- und Staatsbehörden, sofortige Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, durch verstärkte Ausgabe städtischer und staatlicher Arbeiten; insbesondere weitest gehende Förderung des Wohnungs- und Straßenbaues, sowie Vertiefung sonstiger Notstandsarbeiten.

Die Versammelten eruchen den Gemeinderat Stuttgart weiter, die Forderung der Mitglieder des Gesamtverbandes, die Arbeitszeit für das Personal der Stuttgarter Straßenbahnen von zurzeit 8 Stunden 40 Minuten auf 8 Stunden herabzusetzen, in weitestgehendem Maße zu unterstützen. Der heutige Verkehrsdienst mit seinen ungeheuer großen Gefahren erfordert einen bis auf das höchste gesteigerten Verbrauch der geistigen und körperlichen Kräfte jedes einzelnen. Dies zeigt die steigende Zahl der Verkehrsunfälle, die sehr häufig auf Ueberanstrengung im Dienst zurückzuführen sind.

Durch Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden kann mancher Unfall verhütet und eine große Zahl Arbeitsloser wieder in den Arbeitsprozeß eingestellt werden.“

Die von der Ortsgruppenverwaltung vorgeschlagene Fassung des Ortsstatuts wurde gegen nur wenige Stimmen ohne Debatte angenommen. Monatlang waren der Gesamt-Verband und seine leitenden Funktionäre dauernden Angriffen und persönlichen Anrempelungen durch die KPD-Presse ausgesetzt, um so erfreulicher war der Ausgang der nachfolgenden Wahlen. Die Geschäftsleitung wurde gegen etwa fünf Stimmen in der seitherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Bei den Wahlen für die Beisitzer zum Ortsgruppenvorstand erhielt die Liste der „Amsterdamer Richtung“ 130 bis 132 Stimmen, während die KPD-Linie ganze 20 bis 22 Stimmen auf sich vereinigen konnte.

RUNDSCHAU

Adolf v. Harnack ist am 10. Juni im Alter von 79 Jahren in Heidelberg gestorben. Mit ihm ist eine große repräsentative Persönlichkeit einer theologischen und wissenschaftlichen Epoche dahingegangen. Als Sohn eines Professors 1851 in Dorpat geboren, kam er 1874 an die Leipziger Universität als Privatdozent und wurde fünf Jahre später ordentlicher Professor in Gießen. Ueber Marburg kam er 1889 an die Universität Berlin. Harnack verkörperte die Spitze der evangelischen Theologie und sein Wirken ging tief ins Volk hinein. Er war sich im klaren darüber, daß die Religiosität des einzelnen nicht von wissenschaftlichen Erkenntnissen abhängt und er wünschte die allmähliche Befreiung von veralteten Anschauungen. Harnack wurde später Generaldirektor der preußischen Bibliotheken und Vorsitzender der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft. Die Beziehungen Harnacks zu Wilhelm II., Bülow und Bethmann-Hollweg waren nur rein persönlicher Art, doch mag sein Urteil in manchem nicht ganz ohne Wirkung geblieben sein. Der Sohn Harnacks ist Sozialdemokrat und wurde kürzlich gegen den Widerstand der Reichsparteien als Regierungspräsident nach Stettin berufen.